

1 EU-Passbild Hinweis: 35 mm breit x 45 mm hoch Maximale Kopfhöhe: 36 mm Mindestaugenabstand: 8 mm (ideal 10 mm) http://www.passbildkriterien.at	2 ↑ Unterschrift (Unterschrift des gesetzl. Vertreters) - vor der Behörde zu leisten ↑ Zutreffendes bitte ☐ ankreuzen! Alle gelb unterlegten Felder sind zutreffendenfalls auszufüllen. Alle Datumsangaben bitte im Format TT.MM.JJJJ (z.B. 31.12.2000) eingeben. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben auf Frauen und Männer in gleicher Weise
3 An	Abgegeben am: durch: persönlich gesetzlichen Vertreter Bei: 4 Nur von der Behörde auszufüllen!

ANTRÄGE AUF ERTEILUNG EINES AUFENTHALTSTITELS „BESONDERER SCHUTZ“

5 ERSTANTRAG auf Erteilung einer „Aufenthaltsberechtigung „besonderer Schutz“

- a)** gemäß § 57 Abs. 1 Z 1 AsylG: Duldung des Aufenthalts i.S. des § 46a Abs. 1 Z 1 oder Abs. 1a FPG
- oder
- b)** gemäß § 57 Abs. 1 Z 2 AsylG: Zeuge/ Opfer von Menschenhandel/Prostitutionshandel; Gewährleistung der Strafverfolgung od. Geltendmachung und Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen
- oder
- c)** gemäß § 57 Abs. 1 Z 3 AsylG: Opfer von Gewalt, einstweilige Verfügung nach §§ 382 b oder 382e EO

6 VERLÄNGERUNGSANTRAG „Besonderer Schutz“ gemäß § 59 AsylG

A. Antragsteller

7 Familienname(n)/Nachname(n)	8 frühere Familiennamen/Nachnamen(n)	
9 Vorname(n)		
10 Geburtsdatum	11 Geburtsstaat	12 Geburtsort

13 Familienstand ledig verheiratet/EP		geschieden/aufgelöste EP		verwitwet/Auflösung der EP durch Tod	
14 Sozialversicherungsnummer		15 Geschlecht männlich weiblich		Sonstiges Geschlecht	
16 Staatsangehörigkeit(en)				17 seit	
18 frühere Staatsangehörigkeit(en)				19 seit	
20 Familienname(n)/Nachname(n) des Vaters				21 Vorname(n) des Vaters	
22 Familienname(n)/Nachname(n) der Mutter				23 Vorname(n) der Mutter	
24 Art des Reisedokumentes Reisepass Dienstpass Diplomatenpass					
25 Nummer		26 Datum der Ausstellung		27 Ort der Ausstellung	
				28 Gültig bis	
29 Bisheriger Aufenthaltstitel ja nein 30 wenn ja , welcher					

B. Derzeitiger Wohnsitz des Antragstellers im Inland

31 Land		32 Postleitzahl	
33 Straße, Hausnummer, Türnummer		34 Ort	
35 Telefon		36 Telefax	
37 Mobiltelefon		38 E-Mail-Adresse	

C. Familienangehörige des Antragstellers

Ich bin in Kenntnis, dass der Zuzug meiner Angehörigen jeweils eines eigenen Antrages bedarf.

Daten des Ehegatten/eingetragenen Partners	
39 Familienname(n)/Nachname(n)	40 frühere Familiennamen/Nachnamen(n)
41 Vorname(n)	42 Geburtsdatum
43 Staatsangehörigkeit(en)	44 Datum der Eheschließung/Datum der Begründung der EP
Daten aller leiblichen, adoptierten und legitimierten Kinder	
45 Familienname(n)/Nachname(n)	46 Vorname(n)
47 Geburtsdatum	48 Besitzt eigene Aufenthaltsberechtigung für Österreich ja nein
49 Familienname(n)/Nachname(n)	50 Vorname(n)
51 Geburtsdatum	52 Besitzt eigene Aufenthaltsberechtigung für Österreich ja nein
53 Familienname(n)/Nachname(n)	54 Vorname(n)
55 Geburtsdatum	56 Besitzt eigene Aufenthaltsberechtigung für Österreich ja nein

92 Straße, Hausnummer, Türnummer	93 Ort
94 Telefon	95 Telefax
96 Mobiltelefon	97 E-Mail-Adresse

H. Bisherige strafrechtliche Verurteilungen

98 Gericht	99 Aktenzahl	100 Datum der Rechtskraft
------------	--------------	---------------------------

I. Angaben zum Aufenthaltswitz

101 Bezeichnung des beabsichtigten Berufes	102 Erlerner Beruf
103 Zuletzt ausgeübter Beruf	104 Besondere Kenntnisse und Berufserfahrungen
105 Bezeichnung des Arbeitgebers	106 Postleitzahl
107 Straße, Hausnummer, Türnummer	108 Ort

J. Folgende Urkunden und Nachweise werden vorgelegt (im Original und in Kopie):

109 **Nur von der Behörde auszufüllen!**

gültiges Reisedokument	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
Geburtsurkunde oder ein diesem gleichzuhaltendes Dokument (nur bei Erstanträgen)	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
Aktuelles Lichtbild des Antragstellers	vorgelegt
Erforderlichenfalls Heiratsurkunde, Partnerschaftsurkunde, Urkunde über die Ehescheidung, Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft, Urkunde über die Annahme an Kindesstatt, Nachweis oder Urkunde über das Verwandtschaftsverhältnis, Sterbeurkunde	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
Gegebenenfalls Nachweis des Rechtsanspruches auf eine ortsübliche Unterkunft (Miet- oder Untermietvertrag) bestandrechtliche Vorverträge oder Eigentumsnachweise	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
Gegebenenfalls Nachweis über einen in Österreich leistungspflichtigen und alle Risiken abdeckenden Krankenversicherungsschutz, sofern keine gesetzliche Pflichtversicherung bestehen wird oder besteht	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein

• Gegebenenfalls Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts, (Lohnzettel, Lohnbestätigungen, Dienstverträge, Bestätigungen über Pensions-, Renten- oder sonstige Versicherungsleistungen, Nachweise über das erforderliche Investitionskapital oder Nachweis eigenen Vermögens in ausreichender Höhe)	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
• Erkenntnis des BVwG	im Original vorgelegt in Kopie vorgelegt Kopie stimmt mit Original überein
• Sonstiges	

K. Abschlusserklärung

1. Ich versichere, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und unter Anschluss aller mir zur Verfügung stehenden Belege vollständig und richtig gemacht zu haben. Nicht deutschsprachige Belege sind auf Verlangen in deutschsprachiger Übersetzung vorzulegen.
2. Ich verpflichte mich, eine Zustelladresse anzugeben, sowie im Fall einer allfälligen Änderung der Adresse, diese der Bewilligungsbehörde unverzüglich bekannt zu geben. Ich nehme zur Kenntnis, dass im Fall, dass die Zustellung einer Ladung oder einer Verfahrensordnung zum wiederholten Mal nicht möglich ist, das Verfahren eingestellt werden kann.
3. Ich verpflichte mich, jede Änderung meiner Angaben direkt bei der Bewilligungsbehörde unter Anschluss der entsprechenden Unterlagen unverzüglich schriftlich zu melden.
4. Ich nehme zur Kenntnis, dass für mich eine persönliche Mitwirkungspflicht am Verfahren besteht, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Überprüfung erkennungsdienstlicher Daten. Eine Verletzung dieser Pflicht kann zu einer Zurückweisung des Antrages führen.
5. Ich nehme zur Kenntnis, dass die persönliche Abholung des Aufenthaltstitels durch den Antragsteller erforderlich ist (Ausnahme gesetzlicher Vertreter).
6. Ich nehme zur Kenntnis, dass unvollständige oder unrichtige Angaben sowie die Außerachtlassung der Punkte K1 bis K5 auch zur Versagung der Bewilligung oder der Versagung einer Verlängerung der Bewilligung führen können.
7. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Eingehen und die Vermittlung von Aufenthaltsehen, das Eingehen und die Vermittlung von Aufenthaltsadoptionen bzw. die Erschleichung eines Aufenthaltstitels gerichtlich strafbare Tatbestände darstellen.

110 Ort

111 Datum

112 Unterschrift

113 Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters
(für nicht eigenberechtigte Personen)

114 Unterschrift des gesetzlichen Vertreters

1. Bestätigung über die Übernahme des Aufenthaltstitels

115 Ort

116 Datum

117 Unterschrift

2. Belehrung

Ich bestätige, dass ich (gem. § 58 Abs. 12 AsylG) über die befristete Gültigkeitsdauer, die Unzulässigkeit eines Zweckwechsels und die Vorschriften im Verfahren zur Verlängerung des Aufenthaltstitels „Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz“ (§ 59 AsylG) belehrt wurde.

Der Antrag auf Erteilung eines weiteren Aufenthaltstitels ist **spätestens vor Ablauf** der Gültigkeitsdauer des letzten Aufenthaltstitels, frühestens jedoch drei Monate vor diesem Zeitpunkt, beim Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl zu stellen. Danach gelten Anträge als Erstanträge (§ 59 AsylG).

Anträge, die nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels gestellt werden, gelten nur dann als Verlängerungsanträge, wenn der Antragsteller gleichzeitig mit dem Antrag glaubhaft macht, dass er durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis gehindert war, rechtzeitig den Verlängerungsantrag zu stellen, und ihn kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft und der Antrag binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses gestellt wird.

Ein Verlust oder eine Unbrauchbarkeit des Aufenthaltstitels sowie eine Änderung der dem Inhalt eines Aufenthaltstitels zugrunde gelegten Identitätsdaten sind dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl **unverzüglich zu melden** (§ 54 Abs. 3 AsylG).

118 Ort

119 Datum

120 Unterschrift

121 Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters
(für nicht eigenberechtigte Personen)

122 Unterschrift des gesetzlichen Vertreters